

THEMEN 04

Verkleinerung von Parlamenten und Diätenregelungen – Eine Übersicht über Volksinitiativen und Volksbegehren in Deutschland

24. November 2012

Autor: Frank Rehmet

frank.rehmet@mehr-demokratie.de

Mehr Demokratie e. V.
Tempelhof 3
74594 Kreßberg

Telefon 07957-9239050
Fax 07957-9249992
info@mehr-demokratie.de

I. Einleitung

Mitunter wird behauptet, dass sich bei Volksbegehren und Volksentscheiden „populistische“ Themen sehr stark artikulieren und durchsetzen, welche das Parlament bzw. Parlamentarier schwächen wollen. Daher soll hier der Frage nachgegangen werden, ob sich diese These für die langjährige Praxis in den deutschen Bundesländern belegen lässt.

II. Übersicht über Volksinitiativen und Volksbegehren in den deutschen Bundesländern

Die Auswertung ergab, dass in den deutschen Bundesländern bislang nur vereinzelt Volksbegehren über die Verkleinerung von Parlamenten oder zu Diätenregelungen initiiert wurden. Diese werden im Folgenden aufgelistet.

Tabelle 2: Volksbegehren zu Parlamentsverkleinerungen und Diätenregelungen in den deutschen Bundesländern

Bundesland	Jahr	Thema/Ziel	Initiatoren und Unterstützende	Ergebnis
Bayern	1978	Gegen Diätenerhöhung	Bund der Steuerzahler Bayern	Gescheitert ohne Volksentscheid (Antragssammlung abgebrochen)
Schleswig-Holstein	1994 / 1995	Für Verkleinerung des Landtags (von 75 auf 50 Sitze)	Bund der Steuerzahler	Gescheitert ohne Volksentscheid (Nach Ablehnung im Landtag keine Fortsetzung des Verfahrens von Seiten der Initiatoren) <i>Aktuell 2012: Der Landtag besteht aus 69 Abgeordneten</i>
Bayern	1997 / 1998	Abschaffung des Senats (zweite Kammer des Parlaments)	Aktionsbündnis, u. a. ödp Bayern	Erfolgreich im Sinne der Initiatoren im Volksentscheid (Abschaffung des Senats)
Bremen	1999	Für Verkleinerung der Bürgerschaft von 100 auf 75 Parlamentssitze	Partei AfB	Erfolgreich ohne Volksentscheid (Reform erfolgte durch Landtag) <i>Aktuell 2012: Die Bürgerschaft besteht aus 83 Abgeordneten</i>

Bundesland	Jahr	Thema/Ziel	Initiatoren und Unterstützende	Ergebnis
Rheinland-Pfalz	2000 / 2001	Für die Direktwahl des Ministerpräsidenten, die Einführung eines Teilzeitparlaments, Kumulieren und Panaschieren, Abschaffung der 5 %-Klausel, Trennung von Amt und Mandat	Freie Wähler Rheinland-Pfalz	Gescheitert ohne Volksentscheid (Die Sammlung für den Antrag auf Volksbegehren wurde abgebrochen, zu wenig Unterschriften)
Bayern	2004 / 2005	Streichung der kostenlosen Altersversorgung von Politikern, Verbot von Aufsichtsratsposten und Beraterverträgen für Abgeordnete	ödp Bayern	Gescheitert ohne Volksentscheid (für unzulässig erklärt wegen Themenverbot, per Gerichtsurteil bestätigt)

Erfolgreich = Im Sinne der Initiatoren

III. Fazit

Insgesamt konnten sechs Verfahren beobachtet werden, was bei einer Gesamtzahl von 277 initiierten Verfahren (Stand: 24. November 2012) einem Anteil von 2,2 Prozent und einer eher vereinzelt Anwendung entspricht.

Von den sechs oben aufgelisteten Fällen führte nur eines zur zweiten Verfahrensstufe (Volksbegehren) und auch zur dritten Verfahrensstufe (dem Volksentscheid). Zudem waren vier der sechs Verfahren nicht erfolgreich – aus unterschiedlichen Gründen.

Insgesamt lässt sich die oben aufgeführte These mit der Praxis in den deutschen Bundesländern **nicht** belegen.